

## Beschluss

### **Breite Berufsperspektiven durch gezielte Berufsorientierung und MINT-Förderung ermöglichen**

Der Landtag stellt fest:

Die Bildungs- und Berufsperspektiven ergeben sich durch eine zielgruppengerechte und individuelle Förderung unserer Schülerinnen und Schüler. Gezielte Berufsorientierungsmaßnahmen über alle Berufsfelder zeigen Schülerinnen und Schülern auf, welche Berufe zu ihnen passen und wie es nach der Schule beruflich weitergehen kann. So tragen sie einerseits zur Prävention von Schul-, Ausbildungs- und Studienabbrüchen bei und lenken andererseits die Aufmerksamkeit auch auf Berufsfelder, bei denen Fachkräfte besonders gesucht werden, sodass ein maßgeblicher Beitrag zur Fachkräftesicherung geleistet werden kann. Die sogenannten MINT-Fächer beinhalten die Förderung in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Diese Fächer tragen maßgeblich zum Erfolg des Forschungs-, Bildungs- und Wirtschaftsstandorts Rheinland-Pfalz bei.

Daher bedarf es einer Bildungspolitik, die jungen Menschen nicht nur einen inhaltlichen Zugang zu den Themen schafft, sondern auch die natürliche Neugierde der Schülerinnen und Schüler weckt.

Zudem ist es die Aufgabe zukunftsgerichteter Bildungspolitik, die MINT-Fächer für zukünftige Lehrerinnen und Lehrer attraktiv zu gestalten. Nur wo eine bedarfsgerechte Ausstattung an Lehrkräften gegeben ist, können die MINT-Fachkräfte und Forscherinnen und Forscher von morgen Begeisterung entwickeln.

Neben begeisterten Lernenden und gut ausgebildeten Lehrenden bedarf es moderner und technisch gut ausgestatteter Schulen.

Die Landesregierung hat diese Anforderungen erkannt und greift diese beispielsweise durch umfassende Berufsorientierungsmaßnahmen und die MINT-Strategie für Rheinland-Pfalz entlang der Bildungsketten auf.

Der Landtag begrüßt:

- die Implementierung des Tags der Berufs- und Studienorientierung in allen weiterführenden Schulen, die Potenzialanalyse, Projekte zum Praxislernen, sowie digitale Orientierungssysteme wie die App „Zukunft läuft“ als Instrumente einer zielgerichteten Beratungsstrategie;
- die Kooperation mit einer Vielzahl von Partnern auf Bundes- und Landesebene bei der Berufsorientierung, um berufliche Orientierung zu vertiefen und zu optimieren;
- die Rahmenvereinbarung der Partner des Ovalen Tisches zur Berufswahlvorbereitung- und Studienorientierung;
- die Vereinbarung zur Initiative Bildungsketten zwischen Land und Bund;
- die Kompensation der Maßnahmen zur Berufseinstiegsbegleitung, die durch den Ausstieg des Bundes verursacht sind;
- die Einrichtung des Runden Tisches „MINT“, der relevante Partner aus Bildung, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zur Erarbeitung einer Gesamtstrategie zusammenbringt;
- die Entwicklung von MINT-Regionen, in denen sich unterschiedliche Akteure vor Ort vernetzen und ihre Aktivitäten zur MINT-Nachwuchsförderung koordinieren;
- die Ausschreibung eines Förderwettbewerbs, in dessen Rahmen sich MINT-Regionen um finanzielle Förderung und Beratung bewerben können;
- die Einrichtung einer MINT-Datenbank, in der die MINT-Aktivitäten aller Partner erfasst werden;
- die Aufnahme der MINT-Strategie in die Fortschreibung der Fachkräftestrategie des Landes;
- die Einrichtung der MINT-Geschäftsstelle, die als zentraler Ansprechpartner für alle MINT-Akteure agiert.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- die Strategien zur Berufs- und Studienorientierung und zur MINT-Strategie fortzuführen und regelmäßig an die sich verändernden Bedarfe anzupassen;
- den Austausch am Runden Tisch „MINT“ als Beratungsgremium fortzuführen und die Ergebnisse auch in die Arbeit der MINT-Geschäftsstelle einfließen zu lassen;
- die Vernetzung der Angebote entlang der Bildungskette weiter voranzutreiben;
- weiterhin Formate zur Einbindung der Eltern zu entwickeln;
- die Entwicklung eines Mentoringsystems mit Hochschulen, Betrieben und weiteren Partnern weiter zu forcieren;
- weiterhin Konzepte zu erarbeiten, die es allen jungen Menschen – aber auch speziell Mädchen und jungen Frauen – ermöglichen, die eigenen Fähigkeiten im MINT-Bereich weiterzuentwickeln;
- die MINT-Förderung im Rahmen der Ausgestaltung des Digitalpaktes Schule zu berücksichtigen.

-----

Vorstehender Beschluss wurde vom Landtag in seiner 71. Sitzung am 13. Dezember 2018 gefasst.

Hendrik Hering  
Präsident des Landtags